

# Drogen-Therapie: „In Hessen nichts da“

Am Main spritzen sich die meisten Rauschgiftsüchtigen zu Tode, vergangenes Jahr 124. Doch in kaum einem anderen Bundesland kümmern sich Behörden so

wenig um die Fixer. Das belegt jetzt sogar eine interne Studie der hessischen Landesregierung. Ein Millionenprogramm für die Drogenkranken soll Abhilfe schaffen.

Hessens Innenminister Ekkehard Gries (FDP) ordnete die „Generalmobilmachung“ an und warf „die letzten Reservisten an die Drogenfront“: 67 Polizeibeamte, die er von anderen Dienststellen abzog, und acht Hunde, abgerichtet zum Aufspüren von Rauschgift.

Kollege Herbert Günther (SPD) vom Justizressort machte Mittel locker, um inhaftierte Süchtige durch externe Drogenberater „zu motivieren, sich ihrer Suchtproblematik zu stellen“ und ihnen den „Weg in eine Therapieeinrichtung außerhalb der Anstaltsmauern“ zu ebnen.

Den Drogenschmuggel rein in die Gefängnisse will der Justizminister mit allen Mitteln eindämmen. Notfalls soll, da sucht Günther noch nach technischen Wegen, auch der Darmtrakt der Besucher durchleuchtet werden.

Armin Claus (SPD), Minister für Soziales, will jetzt klotzen statt kleckern. Auf einer Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion im österreichischen Kufstein präsentierte Claus vorletzte Woche seine Rechnung: 47 Millionen Mark aus dem Landeshaushalt benötige er zusätzlich für die Versorgung der Süchtigen.

Es sei ein Unding, klagt der Sozialminister, daß Krankenhäuser Drogenabhängige „möglichst rasch irgendwohin abschieben mit dem Argument, die versauten das Stationsklima“. Es müssen, fordert Claus, „lückenlose Therapietketten aufgebaut und die Schwachstellen ausgeschaltet werden“.

Die Kraftakte der hessischen Ministerriege, das Drogenproblem im Lande besser in den Griff zu bekommen, haben einen Auslöser. Eine interne Studie der Wiesbadener Landesregierung, zugleich gedacht als „Entwurf für ein hessisches Programm zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs“, deckte Pannen und Versäumnisse auf. „In seiner Bestandsaufnahme“, wertet ein SPD-Abgeordneter das Papier, „gleichet das einer Bankrotterklärung.“

Hessen liegt hinten in vielen Bereichen der Drogenarbeit. Nur 88 Betten stehen etwa in Einrichtungen der Langzeittherapie zur Verfügung, nach medizinischen Erkenntnissen die einzige Methode mit Heilungschancen für Fixer. In Bayern etwa gibt es 324, in Baden-Württemberg 226 Plätze — Länder, in denen das Heroinproblem weit- aus weniger konzentriert ist.

Seit Jahren schon ist das Rhein-Main-Gebiet, das konnte sich auch den Wiesbadener Politikern nicht verschließen, mit seinem reichhaltigen Angebot

und den niedrigen Preisen der Angel- punkt für Heroinkonsumenten aus der Bundesrepublik und dem Ausland. Allein bei der Frankfurter Kripo waren bis Ende vergangenen Jahres 2016 straffällige Drogenabhängige registriert, darunter „Leute“, sagt der Frankfurter Kriminalhauptkommissar Peter Loos, „die wir zum fünfzehnten Mal festgenommen haben“.

Hinzu kommen nach Schätzung der Frankfurter Kripo etwa 4000 Süchtige,

Allein in Frankfurt beschlagnahmten die Behörden vergangenes Jahr insgesamt achtzig Kilogramm harte Drogen, dreimal soviel wie im Vorjahr und mehr, als 1977 im gesamten Bundesgebiet sichergestellt wurde.

Der aufgespurte Stoff ist nur ein geringer Teil dessen, was die Fixer in Frankfurt zur Befriedigung ihrer Sucht brauchen: etwa 360 Kilogramm im Wert von rund 60 Millionen Mark pro Jahr. Und er ist ein Bruchteil der Men-



Frankfurter Dealertreff: Neuer Durchlaß am Airport

die noch in der Familie geborgen oder sich in Fixergemeinschaften verstecken. Und eine große Schar von Süchtigen hat sich in den Nachbarstädten angesiedelt.

Polizeibekanntes Dealertreffs gibt es mittlerweile im Darmstädter Herrngarten wie im Hanauer Barviertel. Viele Fixer sind aufs Land bis in die Wetterau gezogen, nahe genug für einen Trip zum Frankfurter Heroinmarkt und weit genug weg vom Schuß polizeilicher Kontrollen.

Jeder fünfte Herointote der Bundesrepublik wird im Ballungsgebiet am Untermain gefunden, letztes Jahr stieg die Zahl der Rauschgiftopfer in Hessen auf 124. Das jüngste Opfer wurde in Offenbach entdeckt, die 14jährige Sandy, die sich in der Wohnung ihres türkischen Freundes totfixte.

ge, die am Main für ganz Europa umgeschlagen wird.

Die zentrale Lage der Stadt und der rege Flugverkehr auf Rhein-Main locken seit langem internationale Rauschgiftorganisationen an. Jahrelang konnten sie zudem auf lasche Kontrollen auf dem Flughafen vertrauen.

Für „unbedingt verbesserungsbedürftig“ hält jetzt auch die Landesregierung die Abfertigung auf dem Airport. In Absprache mit dem Bundesfinanzminister soll die Zollfahndung erheblich verstärkt werden.

Doch auf dem Flughafen hat sich bereits ein neuer Durchlaß aufgetan. Es sind die 35 000 dort Beschäftigten, aus deren Kreis nach Wiesbadener Erkenntnissen „Handel und Schmuggel von Betäubungsmitteln und Drogen zunehmen“. Damit Rhein-Main seinen „Ruf als Rauschgiftdrehscheibe für



**Frankfurter Drogenopfer (Polizeipfoto): Jeder fünfte Fixer stirbt am Main**

Europa“ verliert, fordert der Innenminister eine Finanzspritze von 2,3 Millionen Mark für den Ausbau des Kontroll- und Fahndungsapparates.

Auf der Frankfurter Szene sieht sich die Polizei derweil in eine Rolle gedrängt, die ihr gar nicht zustehe. „Wir müssen uns hier um schwerkranke Abhängige kümmern“, schildert der Leiter des Rauschgiftkommissariats, Knut Stroh, die Lage, „die zu Hunderten herumgeistern.“ Fast alle waren schon mal in Untersuchungshaft, standen vor Gericht oder steckten in einer psychiatrischen Anstalt. Stroh: „Irgendwann haben wir sie wieder.“

Sie dealen und dämmern vor sich hin. Kein Einzelfall ist die Karriere des Fixers Keller, die Kriminalhauptkommissar Loos über Jahre aufzeichnete: Seit 1969 süchtig, 43mal straffällig und zimal zwangsweise untergebracht.

Keller erklärte der Kripo seine ausweglose Situation: „Entzug ist doch Scheiße, wenn ihr 'nen Fixer bustet, dann kommt der vielleicht ein paar Tage zum körperlichen Entzug in die Klappse, doch dann wird er gleich wieder rausgejagt, uns will doch niemand.“ Keller gab sich den letzten Heroinschuß.

Bei dem harten Kern der Fixer kommen nach Ansicht von Drogenexperten alle Versuche zu spät, sie für eine Langzeittherapie zu motivieren. Kommissar Loos plädiert dafür, sie „zu isolieren wie Hautkranke, weil hier die Rechtsgüter Leben und Gesundheit über die Freiheit zu stellen sind und jeder von ihnen draußen nur neue Fixer erzeugt“. Sozialminister Clauss sucht jetzt nach einer „vernünftigen Lösung für diese Restgröße, bei der alle bisherigen Maßnahmen erfolglos waren“.

Über Jahre hinweg hatten sich die Fixer ihr Revier auf der Frankfurter „Haschwiese“ abgesteckt. Vor den Augen der Polizei und Passanten holten sich süchtige Schüler den Stoff, setzten Dealer ein paar Gramm mit Gewinn ab — Geld für eigenen Bedarf.

Im Februar räumten die Rauschgiftfahnder ab. Die Aktion konnte die Süchtigen zwar nicht „in Luft auflösen“, wie die Fahnder einräumten, doch sollte der Magnet Frankfurt nicht mehr „so schmackhaft“ sein. Loos: „Wir wollen den Auswärtigen den Besuch vergällen.“

Keine Belastung sollen künftig ausländische Dealer für die Polizei sein. Sie sind, das erwägt die Landesregierung, „bereits nach dem ersten Vorfall auszuweisen“. Auch auf Asylanten will Hessen dabei keine Rücksicht nehmen, Anträge sollten „mit der Drogenstrafat als abgelehnt“, bereits erteilte Asylgewährungen „als verwirkt“ gelten.

Kaum weniger ausweglos ist die Drogensituation in den Gefängnissen und psychiatrischen Anstalten Hessens. Im Psychiatrischen Krankenhaus Hadamar etwa, Auffangstation für die Süchtigen aus dem Rhein-Main-Gebiet, gibt es 34 Betten für den klinischen Entzug. „Was den Abhängigen dort aus dem Körper genommen wird“, weiß ein Frankfurter Drogenberater, „schmuggeln Besucher wieder rein.“

Ansätze, in der Anstalt auch Motivationsarbeit und Therapie zu betreiben, scheiterten bislang. Es fehlen, geben die Wiesbadener Politiker zu, „insbesondere in den Einrichtungen des Landeswohlfahrtsverbandes die personellen und sachlichen Voraussetzungen“.

Der Vollzug in den hessischen Haftanstalten wird mittlerweile erheb-

lich von den Süchtigen geprägt, mitunter werden gar interne Drogenmärkte aufgebaut. Von den 4400 Untersuchungs- und Strafgefangenen, die im ersten Halbjahr 1979 einsaßen, waren etwa 730 drogenabhängig, unter den weiblichen Inhaftierten gar jede zweite süchtig.

Auch die Einrichtung einer Drogenstation im Frauengefängnis Frankfurt-Preungesheim konnte nicht für Entlastung sorgen. Es fehlt, um auch nur geringe Erfolge erzielen zu können, schon an den baulichen Voraussetzungen. Abhängige und suchtfreie Insassinnen verkehren untereinander, was, lautet die Erkenntnis des Justizministeriums, „eine gegenseitige Indoktrinierung“ ermöglicht.

Daß der Knast noch zusätzlich Süchtige schafft, soll, so die Vorstellung der Landesregierung, durch eine „Entmischung“ der Häftlinge verhindert werden. Die Fixer schon in den Zellen für eine spätere Behandlung zu gewinnen, hält der Justizminister aber nur dann für „sinnvoll, wenn gleichzeitig auch die benötigten Langzeit-Therapieplätze zur Verfügung stehen“.

Bislang lief solche Motivationsarbeit ins Leere. Drogenberater und Sozialarbeiter müssen für Süchtige, die zur Therapie bereit sind, Plätze jenseits der Landesgrenzen ausfindig machen, etwa bei den Langzeiteinrichtungen „Synanon“ in Berlin, der bayrischen „Daytop“-Kette oder der „Drogenhilfe Tübingen“.

Das Defizit hessischer Suchthilfe stellte jetzt auch die „Fachgruppe Sucht im Psychosozialen Ausschuß“ zusammen, ein Gremium mit Vertretern von freien Trägern, Vereinen und städtischen Ämtern. „Die Hilfsangebote“, beklagt Berthold Kilian vom Diakonischen Werk Hessen, „hinken der Dynamik der Szene immer hinterher.“

Engpässe in der Versorgung behindern die Drogenarbeiter schon beim ersten Schritt. Wenn da „so ein labiles Pflänzchen von Motivation wächst“, erfuhr Bernhard Menzemer vom Frankfurter Verein „Jugendberatung und Jugendhilfe“, kann das „oft nicht umgesetzt werden“.

In Frankfurt fehlen geeignete Betten schon für den körperlichen Entzug; die Lage ist schlechtweg „katastrophal“, wie der Suchtausschuß in einem Situationsbericht feststellte.

Während etwa in Hamburg und Hannover schon vor Jahren Spezialabteilungen für die körperliche Entgiftung eingerichtet wurden, stehen an Frankfurter Krankenhäusern offiziell nur fünfzehn Plätze zur Verfügung, verstreut über das ganze Stadtgebiet. Kilian: „Man kann den Entzug nicht in irgendeiner Krankenhausecke durchführen, wo drei Betten stehen.“

Der anschließende Kampf um die Kostenübernahme für Langzeitbehand-



# Die 40 entscheidenden Schritte, die zu **EPI** von EPICURE führen.

Wiedergabetreue in allen Frequenzbereichen, das zu prüfen, ist Sache der Ohren. Wiedergabetreue im gesamten Abstrahlbereich: das zu prüfen, erfordert Hin- und Hergehen.

Wenn 40 Schritte an der Schallwand im HiFi-Studio nicht reichen, geben Sie nochmal 40 dazu. Nur so können Sie feststellen, ob Sie zu Hause in der rechten hinteren Zimmerecke ebenso linear hören wie in der vorderen linken oder in der Mitte.

Die EPICURE-Lautsprechertechnologie beweist die Machbarkeit einer hohen linearen Schallabstrahlung. Abweichung z. B. bis zu 15 kHz in einem Winkel von 120° nur max. 3 (dB).

Gleich guter Klang im ganzen Raum. EPI von EPICURE. 40 Schritte werden Sie überzeugen. Auch im Vergleich zu anderen Lautsprechern.

EPI-Lautsprecher:  
5 Modelle, lange Lebensdauer dank sorgfältiger Einzelfertigung und hochwertiger Materialien, für Anlagen von 10 W bis ∞.



Fachgeschäfte nennt Ihnen EPD, Wofelstr. 5, 8000 München 83

Das mit der Schallabstrahlung interessiert mich!

Schicken Sie mir bitte

Broschüre »Die Schallabstrahlung eines Lautsprechers«

Leitfaden »Wie kaufe ich einen Lautsprecher?«

Kassette »Wie kaufe ich einen Lautsprecher?« (gegen Einsendung von DM 4,- in Briefmarken)

Prospektmaterial

Name: \_\_\_\_\_ PLZ, Ort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_

Ankreuzen, ausschneiden und frankiert senden an:  
EPD, Wofelstraße 5, 8000 München 83

In der Schweiz: HiFi Akustik, Dieter Krattiger, Märzengasse 3, CH-5430 Wettingen

In Österreich: Maczy + Rost Handelsges. mbH, Ortsstr. 11, A-2331 Vösendorf

**EPI**  
Made by EPICURE

lungen und lange Wartezeiten bis zur Aufnahme in einem Therapiezentrum bewirken, daß zur Behandlung bereite Abhängige schnell wieder in die Szene tauchen. „Wir brauchen ein nahtloses System“, fordert Menzemer, in dem „jeder Klient sofort dahin kommt, wo er hingehört“.

Lücken in der Therapiekette hatten in Frankfurt schon tödliche Folgen. Ein 23jähriger Süchtiger, der die Entgiftung im Psychiatrischen Krankenhaus Köppern hinter sich hatte und auf einen Therapieplatz wartete, nahm eine Überdosis Tabletten.

Ein anderer, dem ein Platz im Schwarzwald sicher war, aber noch nicht die Kostenübernahme, fixte sich nach seiner Entlassung aus dem Psychiatrischen Krankenhaus Eichberg zu Hause zu Tode.

Und kaum Hilfe kann in Hessen erwarten, wer schon in jungen Jahren an der Nadel hängt. Obwohl „immer häufiger sehr junge Suchtkranke in die Beratungsstelle kommen“, heißt es in der Studie des Ausschusses, ist für diesen Kreis „keine therapeutische Einrichtung vorhanden“.

Keine Chance auf Behandlung haben, wie das Drogengremium ermittelte, rauschgiftsüchtige Schwangere und junge Mütter. Gesorgt wird auch nicht für Abhängige, die zur Sucht noch ein körperliches Leiden haben.

Der Frankfurter Verein für Drogenhilfe „Zuflucht“ kümmert sich zur Zeit um eine 25jährige rauschgiftsüchtige Frau, die nach einem Sprung aus dem Fenster der geschlossenen Anstalt im nordhessischen Merxhausen querschnittsgelähmt ist. Nach der Entgiftung an der Frankfurter Universitätsklinik vermittelte „Zuflucht“-Geschäftsführer Kurt Moog die Patientin nach Münster in Westfalen: „In Hessen ist nichts da.“

Die Mangelerscheinungen Wiesbadener Gesundheitspolitik sollen jetzt beseitigt werden durch ein Programm, das, da ist Sozialminister Claus „guter Hoffnung“, zumindest „in einem Zeitplan von drei Jahren die Lage wesentlich verbessern kann“:

- ▷ „Das System von Drogenberatungsstellen soll über ganz Hessen ausbreitet werden bis aufs „flache Land“. Erforderliche Landesmittel: acht Millionen Mark.
- ▷ Das Therapieangebot für Drogenkranke ist „drastisch zu erhöhen“ und die Behandlungskette lückenlos zu schließen. Ziel: 250 Betten in Langzeiteinrichtungen.

Die Kosten für eine Entziehungskur in Höhe bis zu 80 000 Mark sind auch für den Sozialminister „kein Pappenstiel“. Doch die SPD-Landtagsfraktion nahm das Programm vorletzte Woche während der Klausurtagung ohne Murren auf. „Da gab es keinen“, sagt der SPD-Abgeordnete Peter Hartherz, „der das nicht anlegen wollte.“